

Niederschrift

über die 19. Sitzung des Rates der Stadt Schortens

Sitzungstag: Donnerstag, 27.03.2014

Sitzungsort: Bürgerhaus Schortens, Weserstraße 1

Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 21:30 Uhr

Anwesend sind:

Bürgermeister
Gerhard Böhling

Ratsmitglieder:

Prof. Dr. Hans Günter Appel, Heide Bastrop, Anne Bödecker,
Udo Borkenstein, Manfred Buß, Peter Eggerichs, Thomas Eggers,
Michael Fischer, Horst-Dieter Freygang, Martin von Heynitz, Horst Herckelrath,
Axel Homfeldt, Bernhard Jongebloed, Janto Just, Anja Kindo, Elena Kloß,
Dieter Köhn, Anne Krüger, Dörthe Kujath, Thomas Labeschautzki, Hans Müller,
Joachim Müller, Sandra Muschke, Heinrich Ostendorf, Wolfgang Ottens,
Susanne Riemer, Elfriede Schwitters, Frank Michael Stubenhöfer,
Melanie Sudholz, Ralf Thiesing, Frank Vehoff, Andrea Wilbers, Karl Zabel

Von der Verwaltung nehmen teil:

StD Anja Müller, StOAR Elke Idel, StA Anke Kilian,
Bäderleiter Peter Kramer, VA Ingrid Eggers

Es fehlt entschuldigt:

RM Kirsten Kaderhandt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

RV Fischer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

RV Fischer stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

3. Feststellung der Tagesordnung - öffentlicher Teil

Die Tagesordnung wird um den neuen Tagesordnungspunkt 9 „Antrag der Gruppe „Bündnis 90/Die Grünen, Kindo, Krüger, Ottens“ vom 24.03.2014 auf Neubesetzung der Fachausschüsse“ erweitert und so festgestellt.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 27.02.2014 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

5. Einwohnerfragestunde

Herr Retsch verweist auf die unterschiedlichen Angaben der Verwaltung und der CDU-Fraktion zur Höhe des zukünftigen Zuschussbedarfes für das „Aqua-Toll“. Er erklärt, dass die von der CDU-Fraktion genannte Summe in Höhe von 600.000 Euro doppelt so hoch ist wie die von der Verwaltung genannte Summe und erkundigt sich, wer sich verrechnet hat.

BM Böhling antwortet, dass sich keiner verrechnet hat. Ergänzend führt er aus, dass für den Ergebnishaushalt, der Auswirkungen auf die Finanzen der Stadt hat, von der Verwaltung ein Zuschuss in Höhe von 300.000 Euro pro Jahr ermittelt wurde. Zusätzlich sei von der Verwaltung hierzu eine Betriebsabrechnung vorgelegt worden, deren ermittelten Kosten in Höhe von 600.000 Euro sich jedoch nicht auf den Haushalt auswirken.

RM Homfeldt bestätigt, dass sich keiner verrechnet hat. Einzig uneins sei man sich bei der Bewertung der Zahlen, insbesondere hinsichtlich der Langfristigkeit der Investition.

Auf weitere Frage von Herrn Retsch teilt **BM Böhling** mit, dass die Stadt Schortens im Falle einer Schließung des Freizeitbades „Aqua-Toll“ den Status „Staatlich anerkannter Erholungsort“ nicht verlieren würde.

6. Vorlage des Freizeitbad-Ausschusses vom 13.03.2014

6.1. Grundsatzbeschluss zur Zukunft des Freizeitbades **SV-Nr. 11//0963/1**

6.1.1 Grundsatzbeschluss zur Zukunft des Freizeitbades (Neufassung)
SV-Nr. 11//0963/2

BM Böhling führt einleitend aus, dass in der letzten Sitzung des Freizeitbad-Ausschusses ausführlich beraten, jedoch keine Beschlussempfehlung für den Rat getroffen wurde, da zum Zeitpunkt der Sitzung noch keine Entscheidung des Kreistages zum „Hilfspaket“ für das Freizeitbad Aqua-Toll vorlag.

Nachdem der Landkreis verschiedene Maßnahmen zur Unterstützung der Stadt Schortens im Kreistag beschlossen hatte, habe die Verwaltung dem Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am 25.03.2014 einen entsprechenden Beschlussvorschlag zur Beratung vorgelegt.

Anschließend trägt BM Böhling die nachfolgend aufgeführte Beschluss-empfehlung des Verwaltungsausschusses vor:

1. Das Freizeitbad Aqua Toll bleibt erhalten.
2. Es erfolgt ein Rückbau zum Sportbad mit Kleinkindbecken, Aufenthaltsflächen und Saunabereich. Der bisherige Erlebnisteil wird abgerissen.

Der künftige Saunabereich wird entgegen der ersten Planungen nicht im Bereich Betriebshof (mit Westausrichtung), sondern im Bereich Gastronomie/ Erlebnisteil (mit Südausrichtung) angesiedelt.

3. Die Öffnungszeiten werden nach Wiedereröffnung reduziert von derzeit 64,25 Std./Woche auf 40,00 Std./Woche bzw. in Ferienzeiten von bisher 89,50 auf 66,00 Std./Woche.
4. Die dargestellten Personalreduzierungen (u.a. durch den Einsatz eines Kassensautomaten) werden umgesetzt.
5. Über die Entgeltstruktur für das öffentliche Baden und das Schulschwimmen wird noch beraten. Zielsetzung ist eine Gesamteinnahme im Bereich „öffentliches Baden“ (einschl. Sauna) von 285.000 Euro pro Jahr auf Basis von 55.000 Besuchen.
6. Künftig werden die Entgelte alle zwei Jahre (erstmalig in 2018) angepasst. Grundlage wird hierfür u. a. die tarifrechtliche Steigerung im Personalkostenbereich sein.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, das Wärmekonzept zu prüfen und kurzfristig dem Freizeitbadausschuss zur Beratung vorzulegen.

BM Böhling erklärt, dass während der seit zwei Jahren andauernden Beratung viele verschiedene Varianten überprüft worden sind. Nunmehr liege eine Beschlussempfehlung zum Bau eines Hallenbades für Schulen, Vereine, die Bürgerinnen und Bürger und natürlich auch für auswärtige Gäste vor.

Im Jahr 2013, nach Schließung des Erlebnisbereiches, habe das Bad 50.000 Besuche gehabt. Die Berechnungen der Verwaltung seien auf Grundlage von 55.000 Besuchen pro Jahr inklusive Saunagästen erstellt worden. Auch die Energiekosten seien auf Grundlage der Kosten aus dem Jahr 2013, also ohne Berücksichtigung einer energetischen Sanierung, berechnet worden. Man sei also sehr vorsichtig an die Sache herangegangen.

Mit den vorgeschlagenen Eintrittspreisen liege man in einem guten Mittel im Vergleich zu anderen Bädern, teilweise sogar noch ein bisschen darunter.

Hierüber soll im Falle einer Zustimmung zur Beschlussempfehlung jedoch noch eine gesonderte Beratung erfolgen.

Er weist darauf hin, dass auch personelle Konsequenzen erfolgen müssen, die mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bades besprochen wurden.

Die Verwaltung habe eine konservative Berechnung vorgelegt, die mit einem Zuschuss für den städtischen Haushalt von 300.000 Euro pro Jahr abschließt. In der Vergangenheit habe der Zuschussbedarf bei ca. 600.000 Euro gelegen. Der künftige Zuschussbedarf des städtischen Haushaltes würde sich somit etwa um die Hälfte reduzieren.

BM Böhling vertritt die Meinung, dass sich die Stadt Schortens mit über 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ein solches Bad mit einem Zuschussbedarf in Höhe von 300.000 Euro pro Jahr auch leisten kann.

Näher geht er auf den in letzter Zeit öfter diskutierten Sanierungsaufwand an anderen öffentlichen Gebäuden ein, der zurzeit nach Neubaustandard für alle städtischen Gebäude unter Berücksichtigung der Energieeinsparverordnung 2014 ermittelt wird. Sofern man diesen Sanierungsaufwand entsprechend umsetzen würde, würden sicherlich erhebliche Summen auf die Stadt Schortens zukommen. BM Böhling ist der Ansicht, dass eine Umsetzung nach Neubaustandard nicht erforderlich sein wird, zumal hierfür auch keine gesetzliche Verpflichtung besteht. Die letzte Entscheidung hierüber treffe jedoch der Rat.

Er betont, dass alle Vertreterinnen und Vertreter des Rates der Stadt Schortens das Beste für die Bürgerinnen und Bürger erreichen wollen und nicht alle Ratsmitglieder am Ende der Beratung zum gleichen Ergebnis kommen werden. Er bedankt sich bei den Ratsvertreter/-innen für die bislang positive, konstruktive und faire Diskussion und bittet um Zustimmung zur vorgetragenen Beschlussempfehlung.

RM Just, Vorsitzender des Freizeitbad-Ausschusses, berichtet, dass der Ausschuss in seiner Sitzung am 13. März noch keine Beschlussempfehlung für das Verwaltungskonzept abgegeben hat, da zunächst der Kreistagsbeschluss dazu abgewartet werden sollte. Der Freizeitbad-Ausschuss habe das Verwaltungskonzept und das darin eingearbeitete Kreisangebot aber wohlwollend zur Kenntnis genommen und insofern eine Empfehlung für den Fall signalisiert, dass der Kreistag die eing geplante Unterstützung beschließt. Da der Kreistag die eing geplante Unterstützung inzwischen verabschiedet hat, stehe einer positiven Empfehlung durch den Freizeitbad-Ausschuss somit nichts mehr im Wege. Auch die Forderung des Freizeitbad-Ausschusses vom 16. Januar 2014 dürfe als erfüllt angesehen werden.

Der Ausschuss hatte eine Senkung des bislang eingeplanten Zuschusses von 600.000 Euro um 300.000 Euro verlangt, sonst werde das Bad geschlossen. Dabei habe man vor allem an einen direkten Kreiszuschuss von 300.000 Euro gedacht. Umgekehrt sei zugesichert worden, dass eine Sanierungsvariante umgesetzt wird, wenn eine Zuschussreduzierung um 300.000 Euro gelingt.

RM Just zitiert den nachfolgend aufgeführten Beschluss des Freizeitbad-Ausschusses vom 16. Januar 2014:

„Bis zur Ratssitzung am 27. März 2014 hat die Verwaltung ein endgültiges Ergebnis darüber vorliegen, ob und in welchem Umfang der Landkreis und die benachbarten Kommunen bereit sind, einen dauerhaften Beitrag in Höhe von mindestens 300.000 Euro jährlich zu den real entstehenden Kosten des Aqua-Tolls zu gewähren. Bei negativem Ergebnis wird das Freizeitbad geschlossen und zurückgebaut. Kommt es im Kreistag am 20. März zu einem positiven Ergebnis, wird zeitnah unter Einhaltung des Grundsatzbeschlusses (maximal 6 Mio. Euro und keine Erhöhung der Betriebskosten) eine Variante beschlossen und umgesetzt. Am 27. März wird in einer Sondersitzung des Stadtrates über den möglichen ausgehandelten Lösungsvorschlag zwischen der Stadt Schortens und dem Landkreis Friesland beraten.“

RM Just stellt heraus, dass es gemäß der Beschlussfassung auf das Ergebnis ankommt. Der von Stadt und Landkreis gemeinsam erarbeitete und vom Kreistag bereits gutgeheißene Lösungsvorschlag liege nunmehr vor. Im Ergebnis werde der Zuschussbedarf für die Stadt wie gefordert um 300.000 Euro gesenkt. Das Ergebnis sei zugegebenermaßen etwas anders zustande gekommen als gedacht. Aber letztlich komme es nicht auf das wie des Zustandekommens, sondern auf das Ergebnis an. Und das sei positiv, denn der Zuschussbedarf für die Stadt werde durch eine stärkere Beteiligung des Kreises und durch ein verändertes Konzept um 300.000 Euro gesenkt.

Bei einem positiven Ergebnis – so habe der Freizeitbad-Ausschuss mit großer Mehrheit gesagt - werde heute eine Sanierungsvariante beschlossen und anschließend umgesetzt. Als Ausschussvorsitzender bittet RM Just daher um Zustimmung zum vorliegenden Beschlussvorschlag.

RM Homfeldt erklärt, dass die CDU dem Konzept nicht zustimmen kann. Seine Fraktion sei eine der ersten gewesen, die sich für eine Erhaltung des Bades ausgesprochen habe. Wörtlich habe er damals in der Öffentlichkeit gesagt, für die CDU-Fraktion sei es nicht die Frage ob, sondern wie man das Bad erhalten könne.

Nun habe man fast zwei Jahre geplant, gerechnet, recherchiert, wie man das alles regeln könnte und jetzt liege ein Konzept auf dem Tisch, zu dem die CDU-Fraktion leider nein sagen müsse, da die Stadt es sich nicht leisten könne.

RM Homfeldt verweist auf den gemeinsam von der SPD und der CDU zur Sitzung des Freizeitbad-Ausschusses am 16.01.2014 eingereichten Antrag, dessen Inhalt bereits zuvor von RM Just zitiert wurde. Der Antrag sieht eine Unterstützung der kommunalen Nachbarn und des Landkreises Friesland mit einer Summe von 300.000 Euro jährlich vor. Der Landkreis Friesland werde 72.000 Euro zahlen. Zurzeit sei leider nicht bekannt, ob und mit wieviel sich die Nachbarkommunen beteiligen werden. Schon allein weil dem Antrag nicht entsprochen wurde, müsse man konsequent sein und den Beschlussvorschlag ablehnen.

Er unterstreicht, dass der CDU-Fraktion das „nein“ zu dieser Vorlage der Verwaltung sehr schwer gefallen ist. Seiner Fraktion sei bewusst, dass die Schließung des Freizeitbades Aqua-Toll für die DLRG, die Rheumaliga, den Heidmühler Fußball-Club und auch für die Schülerinnen und Schüler eigentlich eine unzumutbare Härte darstellt. Jedoch sei es so, dass die 35 Mitglieder dieses Rates nicht nur eine Facette dieser Stadt betrachten können, sondern alles in dieser Stadt im Blick behalten müssen.

Sorge seiner Fraktion sei es – und diese lasse sich durch Zahlen durchaus untermauern –, dass aufgrund des Baues des Freizeitbades „Aqua-Toll“ die Sportplätze, Turnhallen, Grundschulen, Straßen und viele weitere Dinge der Stadt zukünftig nicht mehr wie in dem bisherigen Umfang vorgehalten werden können.

Die CDU habe erklärt, dass sie einen Sanierungsstau von 20 Mio. Euro befürchtet. Wenn man über Summen spreche, sei es auch immer wichtig, zu dieser Summe auch eine Zeitachse zu benennen. 20 Mio. in 20 Jahren sei auch schon 1 Million pro Jahr. Die Grundschulen seien vielen Ratsmitgliedern und vielen Bürgerinnen und Bürgern aus eigener Anschauung bekannt und es sei erkennbar, dass die Stadt nicht 20 Jahre Zeit hat, um an der einen oder andere Stelle etwas zu tun.

Eine Summe von 10 Millionen Euro sei bereits durch Gutachten belegt worden und nachvollziehbar. Für drei Grundschulen, die Bürgerbegegnungsstätte in Roffhausen, das Bürgerhaus und andere Immobilien in der Stadt, die derzeit als Wohnraum genutzt werden, sind noch Gutachten vorzulegen. Er gibt zu bedenken, dass auch diese Gebäude irgendwann Berücksichtigung finden müssen.

Für seine Fraktion sei es Grundvoraussetzung zu wissen, was auf die Stadt zukommt, bevor eine so große und wichtige Entscheidung getroffen werden kann. Er verweist auf die Aussage des BM Böhling, wonach eine Sanierung auf Grundlage eines Neubaustandards nicht zwingend umgesetzt werden muss. Bei der Lektüre der Gutachten zu Turnhallen und Schulen sei jedoch schnell klar, dass die Themen Reparatur, Instandhaltung und vor allem auch der Brandschutz wesentliche Aspekte bei den zu erwartenden Investitionen sein werden.

Es sei nicht tragbar, wenn Kinder in einer Schortenser Turnhalle aufgrund einer nicht gesicherten Seitenwand nur noch in Längsrichtung laufen dürfen und Verletzungsgefahren bestehen. Ergänzend weist er auf fehlende Gerätetore für die Geräteräume in einer anderen Turnhalle hin. Dies habe aus Sicht der CDU-Fraktion nichts mit Neubaustandard zu tun.

Natürlich könne man sagen, dass man nicht mehr alle Gebäude instand setzen will. Hierzu verweist RM Homfeldt auf das zur Diskussion anstehende Thema „Grundschulen“. Eine Trennung von dem einen oder anderen Standort sei denkbar. Er gibt zu bedenken, dass im Falle einer Schließung von Schulstandorten oder Sportplätzen gegebenenfalls neue Gebäude errichtet werden müssen, weil eine Schule, die sehr intensiv genutzt wird, nach 40 Jahren am Ende ihres Lebenszyklus angekommen sei. Dann würde es nicht helfen, die Fenster auszutauschen oder die Fußböden zu erneuern.

Weiter führt RM Homfeldt aus, dass die Stadt Schortens stolz darauf ist, Klimaschutzkommune zu sein. In den letzten Jahren habe sich die Stadt ein Klimaschutzkonzept aufgelegt und es sei beabsichtigt, in Kürze einen „Klimaschutzmanager“ einzustellen, der mit Mitteln des Bundes gefördert wird. Daher könne man nicht sagen, die Energieeinsparverordnung sei egal. Das wäre unehrlich und aus seiner Sicht auch unredlich.

Vielmehr müssten die städtischen Gebäude als Vorbild für alle Bürgerinnen und Bürger nach bestem energetischen Standard saniert werden. Alles andere sei unglaublich. Näher geht er auf die energetische Sanierung des Jugendfreizeitheimes „Pferdestall“ mit einer Gesamtbausumme von 400.000 Euro ein, wobei rund 230.000 Euro für die energetische Sanierung Verwendung gefunden haben. Damals sei eine energetische Sanierung wichtig gewesen. Daher könne man heute nicht sagen, dass die Zahlen nicht mehr richtig sind und das mit dem Neubaustandard und der hochwertigen energetischen Sanierung nicht mehr von dieser Bedeutung. Für seine Fraktion passe dies nicht zusammen und damit die Wahrhaftigkeit in dem Handeln als Verwaltung und Rat nicht mehr gegeben.

Aus Sicht der CDU konzentriere man sich derzeit zu stark auf das Thema Aqua-Toll und verliere dabei andere wichtige Dinge - wie z. B. den bereits diskutierten Kunstrasenplatz für den HFC und die Turnhallen - aus dem Blick.

Er gibt zu bedenken, dass sich die Stadt Schortens die in Zeiten der Olympia-Werke entstandene Infrastruktur nicht mehr leisten kann. Daher wünscht er sich, dass der Rat den Mut und die Kraft hat, unter Berücksichtigung der Gesamtzusammenhänge zu klaren Entscheidungen zu kommen

RM Homfeldt verweist auf die Haushaltsgenehmigung des Landkreises Friesland aus dem vergangenen Jahr und zitiert daraus.

„Aufgrund der fehlenden Leistungsfähigkeit ist jedoch eine weitere Neuverschuldung der Stadt Schortens grundsätzlich nicht genehmigungsfähig.“

Er betont, dass sich die Stadt auf dem besten Weg in diese Neuverschuldung befindet. Derzeit würden die langfristigen Schulden 12 Mio. Euro betragen. Nach der aktuellen Planung würden sich die langfristigen Verbindlichkeiten nach Abschluss der Baumaßnahme kurz über 16 Mio. Euro belaufen. Der Landrat ziehe in seiner Haushaltsgenehmigung eine klare Linie bei 19,80 Mio. RM Homfeldt ist der Auffassung, dass man sich auch diese Zahlen ansehen und daraus Konsequenzen ableiten muss.

Er zitiert eine weitere Passage aus der Haushaltsgenehmigung, die zeige, was bei einem Beschluss zum Aqua-Toll auf die Stadt zukommt.

„Kreditermächtigungen sind nur in unabweisbaren Einzelfällen und bei schlüssiger Begründung und grundsätzlich nur für dringend notwendige und nachhaltige Investitionen in die kommunale Bildungsinfrastruktur, in die energetische Sanierung kommunaler Liegenschaften und in Maßnahmen, die erhebliche Synergieeffekte nach sich ziehen, zulässig. Sind solche unabweisbaren Investitionen, z. B. in Schulstandorte, im Bereich der Pflichtaufgaben zu tätigen, müssen Investitionen im freiwilligen Bereich zurückgestellt werden.“

RM Homfeldt unterstreicht, dass das „Aqua-Toll“ neben der Jugendsozialarbeit die teuerste freiwillige Leistung der Stadt darstellt.

Abschließend bittet er alle Mitglieder des Rates, noch einmal in sich zu gehen und jenseits von Partei- und Fraktionsgrenzen noch einmal zu überlegen, worum es hier heute Abend geht. Es gehe nicht darum, ob die Stadt ein Hallenbad hat, sondern es gehe um den Erhalt der Handlungsfähigkeit der Kommune.

RM Borkenstein erklärt, dass die SPD/FDP-Gruppe nach vielen Gesprächen mit Nutzern des Bades den Beschlussvorschlag unterstützt.

Bezug nehmend auf den Redebeitrag des RM Homfeldt bestätigt RM Borkenstein, dass der gemeinsame Antrag von CDU und SPD einen Zuschuss in Höhe von 300.000,00 Euro vom Landkreis beinhaltete und die Stadt diesen so nicht erhalten wird.

Seine Gruppe stehe jedoch trotzdem hinter dem Beschlussvorschlag. Dies begründet er damit, dass zum Zeitpunkt der Antragstellung der Zuschuss 600.000 Euro betrug und die Meinung bestand, die Stadt selbst wolle selbst maximal 300.000 Euro tragen. Dies habe man mit der zugesagten Unterstützung erreicht.

Zu den Ausführungen des RM Homfeldt zur Haushaltsgenehmigung teilt BM Borkenstein mit, dass der Landrat in einer Sitzung des Verwaltungsausschusses mitgeteilt hat, Schortens könne für das Aqua-Toll 6 Mio. Euro ausgeben. Entsprechend der Planung liege die Stadt unter diesen 6 Mio. Euro.

RM Borkenstein erläutert den Beratungsverlauf zum Aqua-Toll, der im März 2012 aufgrund einer Anfrage seiner Gruppe begann. Aus Sicherheitsgründen sei der Erlebnisbereich geschlossen worden und es folgten 1 ½ arbeitsreiche Jahre bis zur heutigen Sitzung. Viele Varianten seien diskutiert worden. Vor kurzem habe man den Grundsatzbeschluss für die Sanierung des Bades gefasst unter der Voraussetzung der Einhaltung einer Investitionssumme von unter 6 Mio. Euro und eines jährlichen Zuschusses nicht über 300.000 Euro. Dort sei man nun angekommen.

Im Laufe der Zeit habe es gut gemeinte, aber nicht alle Ratsmitglieder überzeugende Alternativvorschläge zu der heutigen Vorlage gegeben. So auch den Vorschlag, ein völlig neues Bad zu bauen mit angeblichen Kosten von 4 Mio. Euro. Dagegen gesprochen habe unter anderem, dass mitten im Ort demnächst eine asbesthaltige Bauruine stehen würde und der vollständige Rückbau Kosten von über 650.000 Euro verursacht hätte. Dazu gekommen wäre eine Baukostenentschädigung an den Betreiber des Fitness-Studios von einmalig 750.000 Euro sowie eine Entschädigung für die Restvertragslaufzeit von 8 Jahren in Höhe von 960.000 bis 1,44 Mio. Euro.

Daher hätte auch der Badneubau an anderer Stelle den Haushalt der Stadt Schortens mit mehr als 6 Mio. Euro belastet. Dieses Bad wäre zudem kleiner gewesen und hätte keinen Sprungturm gehabt.

RM Borkenstein erklärt, dass er sich nach seinem Kenntnisstand vor zwölf Monaten für eine Schließung des Bades ausgesprochen hätte. Aufgrund der zahlreichen Sitzungen zum Thema Aqua-Toll könne sowohl er sich als auch seine Fraktion jedoch beruhigt für den Beschlussvorschlag zur Sanierung des Bades aussprechen. Seine Gruppe hält es für erforderlich, für die Bürgerinnen und Bürger etwas zu tun.

Er weist auf die Bedeutsamkeit von Trainingsmöglichkeiten für die Vereine und die Rheumaliga hin. Besonders hebt er die Wichtigkeit des Trainings der DLRG für lebensrettende Maßnahmen und den Schwimmunterricht der Schulen hervor. Die SPD/FDP-Gruppe hält diesen Teil der Daseinsvorsorge für wichtig und möchte ihn für Schortens erhalten.

RM Schwitters erklärt, dass die SPD/FDP-Gruppe das Für und Wider einer Sanierung mit Erlebnisteil, eines Umbaus oder eines Neubaus zu einem Sportbad gegeneinandergestellt hat. Dem jetzt vorliegenden Ergebnis der Planungen und der Beratungen könne sie mit gutem Gewissen zustimmen. Ihrer Ansicht nach dürfe man nicht nur das Sparziel vor Augen haben, sondern auch die Verantwortung des Rates gegenüber den Nutzerinnen und Nutzern des bisherigen Aqua-Tolls und zukünftigen Bades. Sie bittet ihre Ratskolleginnen und -kollegen dem Erhalt des Bades zuzustimmen.

RM Buß spricht dem Landkreis Friesland seinen Dank für die zugesagte finanzielle Unterstützung des Bades aus, ohne die eine Ertüchtigung des Bades sicherlich nicht möglich wäre. Er stellt heraus, dass das geplante Sportbad mit wettkampfgerechten Bahnen, einer großen Wassertiefe, einem neu gestalteten Planschbecken und die Möglichkeit einer Saunanutzung ein Alleinstellungsmerkmal in der Region haben wird.

Zum Sanierungsbedarf weiterer Gebäude in der Stadt führt er aus, dass man nicht den Eindruck erwecken dürfe, als hätte man nur Ruinen. Eine Neuerstellung auf Neubaustandard sei nicht erforderlich. Er hält es für wichtig, verantwortungsvoll mit den Zahlen umzugehen und eine Sanierung nach Erforderlichkeit durchzuführen.

RM Labeschautzki erklärt, dass das „Aqua-Toll“ ein Stück Lebensqualität darstellt, welches eine Stadt wie Schortens auch in Zukunft braucht. Es werde von den Bürgerinnen und Bürgern aus Schortens und umliegender Kommunen genutzt, aber auch von diversen Schulen im Einzugsbereich und von Vereinen. Mit dem geplanten Bad werde die Stadt ein Alleinstellungsmerkmal haben, das speziell auch junge Familien ansprechen wird.

RM von Heynitz teilt mit, dass sich die Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ bereits vor zwei Jahren klar geäußert hat, dass sich die Stadt keine 6 Mio. Euro für ein Bad leisten kann. Zwar liege die jetzige Planung knapp unter diesem Betrag, jedoch handele es sich trotzdem um eine extrem hohe Investitionssumme, die den Haushalt in den nächsten Jahren stark belasten würde.

Er erklärt, dass die neue Berechnung 55.000 Besuche beinhaltet. Wenn die Stadt wie geplant 300.000,00 Euro erwirtschaften möchte, müsste der zukünftige Beitrag für das Schwimmen schon recht hoch sein.

Der derzeit diskutierte Eintrittspreis in Höhe von 6,00 Euro für ein reines Schwimmbad sei nicht ohne.

Eine Alternative sei die von seiner Gruppe vorgeschlagene Neubauvariante gewesen, die jedoch politisch abgelehnt wurde.

Er stellt heraus, dass der gefasste Beschluss, der als Voraussetzung zur Sanierung des Freizeitbades einen Zuschuss des Landkreises in Höhe von 300.000 Euro vorsieht, nach wie vor Bestand hat.

Abschließend teilt RM von Heynitz mit, dass seine Gruppe gern die vorgeschlagene Alternative zum Neubau eines Bades umgesetzt hätte, um den Nutzer/-innen weiterhin das Schwimmen zu ermöglichen. Dem vorliegenden Beschlussvorschlag könne seine Gruppe nicht zustimmen.

Für **RM Ottens** waren „Schortens“ und das „Aqua-Toll“ immer zwei Dinge, die zusammengehören. Zu Beginn der Beratungen habe man sich für die große Lösung mit einem Kostenumfang von 6 Mio. Euro entschieden, um ein attraktives Bad zu bauen.

Er betont, dass während der Untersuchung der Bausubstanz im Jahre 2013 monatlich weiterer Sanierungsbedarf festgestellt wurde. Daher befürchtet er, dass während der Bauphase weitere Schäden festgestellt werden könnten. Aufgrund der maroden Bausubstanz hält er es für falsch, in das Bad zu investieren. Der Neubau eines kleinen Bades auf der grünen Wiese als Daseinsvorsorge sei allemal besser als in eine alte Bausubstanz zu investieren.

Aufgrund der angespannten Haushaltslage sei eine Nachhaltigkeit in den Finanzen dieser Kommune von großer Wichtigkeit. Er führt aus, dass der Rat möglichst alle Einrichtungen mit Zuschussbedarf wie das Aqua-Toll, das Bürgerhaus und das Jugendzentrum erhalten möchte. Jedoch müsse man feststellen, dass man mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln nicht all diese Einrichtungen gleichermaßen bedienen kann. Dem Beschlussvorschlag könne er daher nicht zustimmen.

RM Eggerichs teilt mit, dass die von RM Homfeldt zitierte Haushaltsgenehmigung zu einem Zeitpunkt erteilt wurde, als das vorläufige Ergebnis des Haushaltsplanes ein Minus von 1,5 Mio. im Ergebnishaushalt auswies. Im Jahresergebnis sei ein Plus von 160.000 Euro erzielt worden. Der Haushalt habe sich also stark gewandelt. Zum Schuldenstand führt er aus, dass sich dieser durch die Gründung des Eigenbetriebes „Abwasser“ um 2,3 Mio. Euro verringert hat. Nach dem derzeitigen Stand werde man in den Folgejahren voraussichtlich positive Ergebnisse im Bereich von 300.000 Euro und 400.000 Euro erzielen können.

RM Just erklärt, dass es sich bei dem Bad aus Sicht der BfB/UWG-Gruppe um die wichtigste freiwillige Einrichtung der Stadt für ihre Bürger/-innen handelt. Dies sei an den Besucherzahlen festzustellen. Daher habe sich seine Gruppe immer für die Badsanierung ausgesprochen.

Nachdem der Zuschussbedarf mit der neuen Variante um 300.000 Euro gesenkt werden kann, unterstütze sie die Sanierung umso mehr.

Das Bad habe 50.000 Nutzer aus Schulen und Vereinen, immer noch 50.000 zahlende Gäste und 30.000 Mitnutzer/-innen des Actic Fitness. Damit stehe das Aqua-Toll weit vorne. Ein saniertes Bad mit großzügigerem Sauna- mit Ruhbereich habe zudem die Möglichkeit, viele der weggebliebenen Besucher/-innen zurückzuholen. Die Stadt habe die Möglichkeit, diesen Saunabereich inklusive zum Schwimmbadpreis anzubieten, was ein Alleinstellungsmerkmal in der Region darstellen würde. Zusätzlich bestehe die Möglichkeit, eine Trockensauna anzubieten.

Mit diesem Angebot würde man einen großen Bevölkerungskreis ansprechen. Er weist darauf hin, dass bisher 60 % der Besucher/-innen Erwachsene waren. Das neue Angebot würde gerade die Erwachsenen ansprechen. Dies würde auch die Finanzlage erheblich verbessern, da etwa 80 % der Eintrittsentgelte auf Erwachsene entfallen.

In der Kalkulation mit einem Zuschussbedarf von 300.000 Euro kalkuliere man zurzeit mit den jetzt verbliebenen 50.000 Sportbadgästen. Nach der Schließung des Erlebnisteils seien 55.000 Erwachsene weggeblieben, weil u. a. keine Dampfsaunen mehr angeboten wurden. RM Just sieht in dem zukünftigen attraktiven Saunabereich eine große Chance, den größten Teil dieser 55.000 Erwachsenen zurückzuholen. In Eintrittsgeldern ausgedrückt würde das einem Betrag in Höhe von 275.000 Euro entsprechen.

Dies stelle eine ganz große Chance dar, die aus der Not geboren wurde, weil der Abriss des Erlebnisteils erforderlich wird. Jetzt werde ein für einen sehr großen Teil der Bevölkerung weitaus attraktiverer Trakt mit Sauna entstehen. Um die Riesenrutsche sei es schade, jedoch sei der Saunabereich sehr viel besser geeignet,

Er betont, dass ein besonderes Bad mit einem im Umkreis von 60 km einmaligen Wellnessangebot entstehen wird, für das eine große Nachfrage besteht.

Die Zuschusssituation sei gegenüber ursprünglichen Planungen bereits verbessert worden und weitere Verbesserungen um mehrere Hunderttausend Euro seien möglich.

Für ihn sei es unverständlich, dass die CDU-Fraktion den Zuschussbedarf immer noch bemängelt. Vielmehr solle man positiv darüber nachdenken, wie man diesen Zuschussbedarf verringern könnte.

Bezug nehmend auf die Ausführungen der Ratsmitglieder Homfeldt und Ottens führt er aus, dass er es für falsch hält, diese ganz wichtige Einrichtung gegen andere auszuspielen. Das sei unfair und werde den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht gerecht. Es sei nicht notwendig, eine der städtischen Einrichtungen zu schließen. Am Beispiel Aqua-Toll habe sich gezeigt, dass eine Senkung des Zuschussbedarfs – unter Berücksichtigung von Einschränkungen - erreicht werden kann. Gleiches könnte auch für andere Einrichtungen erreicht werden. Keiner im Rat verlange, irgendeine Einrichtung zu schließen.

RM Just stellt heraus, dass sich die Finanzsituation nicht so schlecht darstellt wie von RM Homfeldt vorgetragen. Die Haushaltslage habe sich um über 1,5 Mio. Euro verbessert und ab 2016 sehe sogar die mittelfristige Finanzplanung positiv aus. Diese sehe jetzt schon positiv aus, da sie derzeit noch einen Zuschuss für das Aqua-Toll in Höhe von 600.000 Euro beinhaltet, der sich in den nächsten Jahren um 300.000 Euro verbessern werde. Die Erfahrung zeige, dass sich der Haushalt im Schnitt um 500.000 Euro besser darstellt als zunächst geplant. Damit komme man in den Bereich, den man erzielen möchte, nämlich zu einem Überschuss von 1 Mio. Euro, um erforderliche Sanierungen tätigen zu können.

BM Böhling beantwortet anschließend die Fragen der Bürgerin Utta Schüder zu den Berechnungen, zur Finanzierung und zum Fitness-Studio „Actic-Fitness“.

Bezug nehmend auf die Ausführungen des Bg. Homfeldt bestätigt BM Böhling, dass das Jugendfreizeitheim „Pferdestall“ energetisch saniert wurde. Ergänzend führt er aus, dass die Stadt hierfür einen Zuschuss für energetische Maßnahmen in Höhe von 70 % aus dem Konjunkturpaket erhalten hat. Für diese Maßnahme habe die Stadt ca. 400.000,00 Euro investiert, auf energetische Maßnahmen entfielen Kosten in Höhe von über 200.000,00 Euro. Diese Maßnahme wäre ohne Bereitstellung der Mittel aus dem Konjunkturpaket sicherlich nicht durchgeführt worden. Gegebenenfalls würde man solche Maßnahmen auch heute durchführen, wenn entsprechende Zuschüsse zur Verfügung stünden.

Der Antrag auf Neubau eines Hallenbades der Gruppe „Bündnis 90/Die Grünen – Krüger – Kindo“ sei vom Grundsatz her lobenswert. Der Neubauvorschlag, der keinen Sprungturm und lediglich vier Bahnen vorsieht, sei jedoch für eine Vereinsnutzung und die Abnahme von Schulschwimmabzeichen nicht geeignet.

BM Böhling gibt zu bedenken, dass für leer stehende Gebäude Abschreibungen für Wertminderung einzuführen wären. Damit verbunden wären zudem Schadensersatzleistungen der Stadt gegenüber Actic-Fitness.

RM Homfeldt bestätigt, dass das letzte Haushaltsjahr mit einem Überschuss in Höhe von 162.000 Euro abgeschlossen hat. Dieser sei jedoch nur durch eine einzige Gewerbesteuernachzahlung entstanden. Der Haushalt 2014 weise einen Fehlbetrag von 967.000 Euro aus, obwohl die Stadt derzeit historisch hohe Steuereinnahmen erziele. Aus diesem Missverhältnis entnehme die CDU-Fraktion, dass die vorhandene Struktur unter normalen Umständen nicht bezahlbar sei.

Die Höhe der derzeitigen Steuereinnahmen habe die Stadt seit über 20 Jahren nicht mehr erzielt. Wenn die Stadt antizyklisch richtig handeln würde, sei jetzt die Phase, mit der Tilgung der Schulden zu beginnen.

Schließlich sei es nicht Ziel, möglichst dicht an die von der Kommunalaufsicht genannte Schuldenobergrenze zu gelangen, sondern Ziel sei es, die Schulden abzubauen und einen Überschuss in Höhe von 1 Mio. Euro zu erlangen, um für anstehenden Sanierungen nicht noch weitere Kredite aufnehmen müssen. Mit der heutigen Beschlussfassung würde die Verschuldung jedoch schlicht und ergreifend weiter steigen. Er unterstreicht, dass eigentlich alle Ratsfraktionen hiergegen etwas unternehmen wollten.

RM Homfeldt ist sich ziemlich sicher, dass Ratsmitglieder, die gegen den Beschlussvorschlag stimmen werden, nicht den Beliebtheitspreis in dieser Stadt gewinnen werden. Das sei aber auch nicht der Job Ratsmitglieder. Vielmehr sei es deren Aufgabe, genauso alle anderen Lebensbereiche in dieser Stadt im Auge zu behalten.

Bezug nehmend auf die Ausführungen des Bg. Just erinnert Bg. Homfeldt an den Antrag der CDU-Fraktion aus dem Jahre 2008 auf Erstellung eines Betriebs- und Marketingkonzeptes für das Bad. Dieser Antrag sei gestellt worden, weil noch vor der Teilschließung ein Rückgang der Besucherzahlen zu verzeichnen war. Dieser sei auf die veränderte Wettbewerbs- und Marktsituation zurückzuführen gewesen, da es neben dem Aqua-Toll plötzlich das Nautimo in Wilhelmshaven mit gleichem Angebot gab. Zudem seien nach Eröffnung des neuen Bades in Aurich viele Besucher aus dem ostfriesischen Raum weggeblieben. Er bezweifelt daher, dass diese Gäste mit dem zukünftigen Angebot „Hallenbad“ zurückgeholt werden können.

RM Homfeldt verweist auf die Ausführungen des RM Just, wonach mit diesem Konzept der Zuschussbedarf für das Aqua-Toll um mehrere Einhunderttausend Euro gesenkt werden könne.

Für RM Homfeldt stellt sich die Frage, warum nicht schon 2008 auf Antrag der CDU hin, ein vernünftiges Konzept erstellt und der Zuschussbedarf verringert wurde. Dadurch hätte die heutige Diskussion vermieden werden können.

Daher bittet er RM Just, sich nicht dahingehend zu äußern, dass die CDU-Fraktion Einrichtungen gegeneinander ausspielt. RM Just müsse u. a. in den nächsten Jahre erklären müssen, wie die bevorstehenden Ausgaben, bezahlt werden sollen. Die CDU werde selbstverständlich weiterhin konstruktiv mitarbeiten

Abschließend beantragt RM Homfeldt im Namen der CDU-Fraktion eine geheime Abstimmung.

BM Böhling bestätigt, dass sich der Haushalt 2013 im Ergebnis um ca. 1,6 Mio. Euro verbessert hat. Die Verbesserung von ungefähr 1,6 Mio. Euro beruhe auf verschiedene Komponenten, und zwar u. a. auf Personalkosteneinsparungen in Höhe von ca. 600.000.00 Euro und höhere Steuereinnahmen.

Es sei richtig, dass die Gewerbesteuereinnahmen im letzten Jahr so hoch waren wie seit vielen Jahren nicht mehr. Aufgrund der prognostizierten Zahlen sei in diesem Jahr mit noch höheren Gewerbesteuereinnahmen zu rechnen. Dies sei auch gut so, weil die Stadt das Geld in den nächsten Jahren benötigt, um ihren Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger gerecht werden zu können.

BM Böhling stellt heraus, dass von dieser Diskussion auch Arbeitsplätze betroffen sind und bedankt sich bei dem Bäderleiter, Herrn Peter Kramer, und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bad für die gute und loyale Zusammenarbeit in den zurückliegenden Monaten.

RM Borkenstein zitiert aus der Niederschrift der Ratssitzung aus dem Jahr 2012, in der der erste Grundsatzbeschluss zur Sanierung des Bades „Aqua-Toll“ bei unter 6 Mio. gefasst wurde:

“RM Homfeldt teilt mit, dass die heute zu treffende Entscheidung nicht ganz leicht fallen wird. Er erläutert die inhaltlichen Leitlinien, die sich die CDU-Fraktion im Jahr 2008 gegeben hat. Seine Fraktion hatte sich zum Ziel gesetzt, dass Schortens wachsen soll, was mit entsprechenden Investitionen verbunden war. Das mindeste Ziel lautet daher nunmehr, die gute Infrastruktur der Stadt zu erhalten. Auf dieser Grundlage basiert auch die Haltung der CDU-Fraktion zur Erweiterung bzw. Sanierung des Freizeitbades Aqua-Toll. Das Freizeitbad „Aqua-Toll“ sei die mit Abstand wichtigste und beliebteste Einrichtung der Stadt Schortens, die nicht nur innerhalb der Stadt, sondern in der ganzen Region wirke.

Zudem habe das Aqua-Toll mehrere wichtige Bedeutungen – neben der Bedeutung für den Tourismus und die Freizeit habe es aufgrund des dort stattfindenden Schulschwimmens der Schulen aus dem Landkreis Friesland auch eine soziale Bedeutung. Aus Sicht seiner Fraktion müsse daher alles für die Erhaltung und die Zukunftsfähigkeit des Bades getan werden.

RM Homfeldt würde es begrüßen, wenn diese heutige Entscheidung fraktionsübergreifend mit großer Mehrheit getroffen werden könnte, um zu dokumentieren, dass der Rat gemeinsam zu dieser Verantwortung steht.“

RM Borkenstein erklärt, dass er dies heute auch begrüßen würde, und zitiert weiter wie folgt:

„RM Homfeldt bestätigt, dass sich die Stadt aufgrund der derzeitigen Haushaltslage einschränken müsse. Jedoch stelle nicht die Investitionssumme das Problem dar, sondern die Frage, wie jährlich Zins und Tilgung gezahlt werden können.“

RM Borkenstein weist darauf hin, dass der Zuschussbedarf von bisher zum Teil 600.000 Euro auf 300.000 Euro gesenkt und somit zukünftig eine Einsparung von jährlich 300.000 Euro entstehen wird.

Zu den öffentlichen Gebäuden - wie Schulen, Kindertagesstätten Bürgerhaus usw. – führt er aus, dass es nicht erforderlich sei, diese in den nächsten Jahren auf Neubaustandard zu bringen. Sicherlich werde man dies nicht tun. Es sei auch mit großer Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass nicht alle Gebäude saniert werden.

Bezug nehmend auf die Ausführungen des RM Homfeldt teilt **RM Just** mit, dass sich im Jahr 2008 die Frage zur Erstellung eines entsprechenden Konzeptes nicht gestellt habe, weil das „Aqua-Toll“ bis einschließlich 2008 einen fabelhaft niedrigen Zuschussbedarf hatte. Der Zuschussbedarf habe in den Jahren 1992 bis 2008 im Schnitt konstant mit Zinsen und kalkulatorischen Kosten 400.000,00 Euro betragen. Der Zuschuss habe immer um diese 400.00 Euro gelegen und sei damit nicht höher gewesen als der Zuschussbedarf für das ursprüngliche Sportbad, das nur 50.000 bis 80.000 Besuche hatte.

In einer Studie vom Bund der Steuerzahler aus dem Jahr 2008 habe das Bad im Niedersachsenvergleich unter den besten zehn gelegen. Die Frage der Dringlichkeit zur Senkung des Zuschussbedarfs habe sich daher zu dem Zeitpunkt nicht gestellt.

Damals habe man Überlegungen in die falsche Richtung angestellt. Man sei davon ausgegangen, durch den Einbau einer größeren Rutsche bzw. durch eine Attraktivitätssteigerung des Erlebnisbereiches die Zahl der Besucher/-innen erhöhen zu können.

Davon habe man aufgrund der hohen Kosten von über 1 Mio. oder 2 Mio. Euro Abstand genommen.

RM von Heynitz bestätigt, dass die vorgeschlagene Neubauvariante nicht vergleichbar sei. Jedoch sei der Vorschlag mehrmals politisch abgelehnt worden.

RM Stubenhöfer teilt mit, dass die Ratsmitglieder von den Schortenser Bürgern aus unterschiedlichen Gründen gewählt wurden. Unabhängig davon sei es vorrangig Aufgabe der Ratsvertreter, zum finanziellen Wohl der Stadt Entscheidungen zu treffen, die vertretbar sind. Sicherlich gebe es viele gute Gründe sich zum jetzigen Zeitpunkt ein Bad zu wünschen. Aber dies könne sich Schortens jetzt schlicht und einfach nicht leisten. Bei einer Entscheidung für die weitere Verschuldung würde es resultierend aus der Lähmung der anstehenden und notwendigen Investitionen fast nur Verlierer geben. Andere Bürgerbegehren werde man nicht mehr erfüllen können. Trotz der hohen Investitionssumme entstehe kein tolles Bad. Nicht kalkulierbare Baufolge- und Unterhaltungskosten würden zur Verschuldung nachfolgender Generationen führen. Er betont, dass man nicht ständig nur predigen kann, dass man nicht über seine Verhältnisse leben soll. Dieses habe seiner Meinung nach für die Stadt Schortens genauso Gültigkeit wie für jede/n einzelne/n Bürger/-in. Abschließend bittet er die Ratsmitglieder dem Beschlussvorschlag nicht zuzustimmen.

BM Böhling stimmt den Ausführungen des RM Stubenhöfer nicht zu, da er die grundsätzliche Auffassung vertritt, dass Schortens ein Bad braucht. Natürlich müsse die finanzielle Seite stimmen. Wie jedoch bereits heute mehrfach erwähnt, können beide Dinge unter einen Hut gebracht werden.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion zur Durchführung einer geheimen Abstimmung.

Dieser Antrag wird mit 19 Nein-Stimmen und 15 Ja-Stimmen abgelehnt.

RM Ottens beantragt daraufhin eine namentliche Abstimmung

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Anschließend erfolgt die namentliche Abstimmung über den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag:

- 1. Das Freizeitbad Aqua Toll bleibt erhalten.**
- 2. Es erfolgt ein Rückbau zum Sportbad mit Kleinkindbecken, Aufenthaltsflächen und Saunabereich. Der bisherige Erlebnisteil wird abgerissen.**

Der künftige Saunabereich wird entgegen der ersten Planungen nicht im Bereich Betriebshof (mit Westausrichtung) sondern im Bereich Gastronomie/ Erlebnisteil (mit Südausrichtung) angesiedelt.

- 3. Die Öffnungszeiten werden nach Wiedereröffnung reduziert von derzeit 64,25 Std./Woche auf 40,0 Std./Woche bzw. in Ferienzeiten von bisher 89,5 auf 66,0 Std./Woche.**
- 4. Die dargestellten Personalreduzierungen (u.a. durch den Einsatz eines Kassensautomaten) werden umgesetzt.**
- 5. Über die Entgeltstruktur für das öffentliche Baden und das Schulschwimmen wird noch beraten. Zielsetzung ist eine Gesamteinnahme im Bereich „öffentliches Baden“ (einschl. Sauna) von 285.000 Euro pro Jahr auf Basis von 55.000 Besuchen.**
- 6. Künftig werden die Entgelte alle zwei Jahre (erstmalig in 2018) angepasst. Grundlage wird hierfür u.a. die tarifrechtliche Steigerung im Personalkostenbereich sein.**
- 7. Die Verwaltung wird beauftragt, das Wärmekonzept zu prüfen und kurzfristig dem Freizeitbadausschuss zur Beratung vorzulegen.**

Der Beschlussvorschlag wird bei 19 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen beschlossen.

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

RM Bödecker geht auf den zwei Jahre andauernden Beratungsverlauf ein, in dem um eine Entscheidung gerungen wurde, Möglichkeiten und Mitstreiter gesucht sowie Pläne gemacht und verworfen wurden. Jetzt biete sich für den Rat die Möglichkeit, das Bad zu erhalten.

Sie spricht dem Landkreis Friesland und den Nachbarkommunen ihren Dank für die Unterstützung aus. Ferner bedankt sie sich bei den Vereinen, der DLRG und den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die mit ihren Anregungen bei der Entscheidungsfindung geholfen haben und mit ihren Beiträgen die Wichtigkeit der Infrastruktur „Hallenbad“ und einer kontinuierlichen Trainingsmöglichkeit verdeutlicht haben.

Sie erklärt, dass die Mitglieder des Rates sehr viel Arbeit investiert haben, um die bestmögliche Entscheidung für Schortens zu treffen. Man sei zu unterschiedlichen Ergebnissen gekommen sind, weil die Sachlage eben unterschiedlich bewertet worden sei. Die Meinung der Fraktionen, die dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen konnten, verdiene Respekt. Gleichzeitig appelliert sie an diese Fraktionen, sich weiterhin konstruktiv mit einzubringen und dem beschlossenen Modell mit zum Erfolg zu verhelfen.

Es folgt eine Sitzungsunterbrechung mit einer Dauer von 10 Minuten.

7. Vorlage des Planungsausschusses vom 12.03.2014

7.1. Straßenbenennung der Zufahrt zum Lebensweisen e. V.
SV-Nr. 11//1023

StA Kilian trägt den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag des Planungsausschusses und des Verwaltungsausschusses vor:

Die in dem der Sitzungsvorlage beigefügten Lageplan dargestellte Straße (Zufahrt zum Lebensweisen e. V.) wird in „Langsamstraße“ benannt.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

8. Vorlage des Verwaltungsausschusses vom 25.03.2014

8.1. Festsetzung der Verkaufspreise für Erbbaurechtsgrundstücke
SV-Nr. 11//1055

StOAR Idel trägt die nachfolgend aufgeführte Beschlussempfehlung vor:

Der Verkaufspreis für Erbbaugrundstücke in den einzelnen Stadt-bereichen wird entsprechend der anliegenden Aufstellung mit so-fortiger Wirkung beschlossen. Künftige Erhöhungen des Boden-richtwertes führen automatisch zu einer Erhöhung des Kaufprei-ses.

Abweichend von § 4 Abs. 2 der Hauptsatzung darf der Bürgermeis-ter bzw. ein/e von ihm Bevollmächtigte/r unabhängig von den Wertgrenzen ohne Einzelzustimmung die Verträge schließen. Je-weils zum darauffolgenden neuen Kalenderjahr hat der Rat über die getätigten Verkäufe von der Verwaltung einen Bericht zu erhal-ten.

Die Beschlussempfehlung wird einstimmig beschlossen.

9. Antrag der Gruppe - Bündnis 90/Die Grünen, Kindo, Krüger, Ottens - vom 24.03.2014 auf Umbesetzung der Ausschüsse durch die Gruppe
SV-Nr. 11//1070

StD Müller trägt den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag vor:

Aufgrund des Antrages der Gruppe „Bündnis 90/Die Grünen, Kin-do, Krüger, Ottens“ vom 24.03.2014 werden folgende Neubeset-zungen der Fachausschüsse und des Verwaltungsausschusses vorgenommen und so vom Rat festgestellt:

Schul-, Jugend- und Sozialausschuss:

bisheriger Vertreter: M. von Heynitz

künftiger Vertreter: W. Ottens

Bau- und Umweltausschuss:

bisheriges Mitglied: E. Kloß

künftiges Mitglied: W. Ottens

Finanz- und Wirtschaftsausschuss:

bisheriges Mitglied: F.-M. Stubenhöfer

künftiges Mitglied: W. Ottens

Verwaltungsausschuss:

bisherige Beigeordnete: A. Krüger

künftiger Beigeordneter: W. Ottens

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

10. Anfragen und Anregungen:

Es werden keine Anfragen und Anregungen geäußert.

Nichtöffentlicher Teil: